



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0496890

F/XIII/193 - 27. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Stunde von Dakar Ein afrikanisches Menetekel	66
3	Wenn Moskau "Ja" sagt Preludium zur Gipfelkonferenz?	32
4	Flüchtende Akademiker In fünf Jahren sind 30 Prozent der "DDR"-Dozenten geflohen	45
5 - 6	Fernsehen in der Tschechoslowakei politisch Prager Ziel für 1965: Fernsehen in jedem dritten Haushalt	68
7	Angst vor der Obrigkeit? Meckern ja - aber nur anonym	33

* * * * *
* * * * *

Die Stunde von Dakar

sp - Zum ersten Mal musste General de Gaulle aus eigener Anschauung in Dakar lernen, wie sehr der ihn bisher begleitende Kirraestrußel die wahren Gefühle Französisch-Afrikas bisher verdeckt hatte. Sein Auftreten und das Festhalten an gloriosen Klischees vermochte vielleicht noch die Eingeborenen in den kaum entwickelten Gebieten Äquatorial-Afrikas in eine kurzfristige Ekstase zu versetzen, es musste jedoch in dem Augenblick versagen, da de Gaulle auf einheimische Gruppen traf, deren politisches und organisatorisches Niveau weit über dem primitiver Stammesgesellschaften liegt.

Noch wenige Stunden vor der Ankunft in Dakar hatte de Gaulle im benachbarten Conacry kategorisch erklärt: "Die Verfassung steht; an ihr wird nichts mehr geändert." Anstatt die Beschlüsse der politischen Führer der afrikanischen Bevölkerung für eine ernsthafte Aufforderung zu halten, gewisse Punkte der neuen Verfassung nochmals zu überprüfen, glaubte er sich auf die heiseren Vivats einiger Tausend herbeigeeilter Neger verlassen zu können. Sie schienen ihm verlässlicher zu sein als die Warnungen gemässigter Negerpolitiker, zu denen auch der hochintelligente afrikanische Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung, Senghor, gehört.

Dakar, Hauptstadt Westafrikas und Platz jüngster Revolten gegen Frankreichs Bestreben, das koloniale Reservoir der Vergangenheit unter einem weniger anrühigen Namen in die Zukunft zu überführen, kann für de Gaulle sehr leicht zu einem psychologischen Stalingrad werden.

Zur gleichen Zeit, da de Gaulle Afrika bereist, haben die Vereinigten Staaten jetzt ganz offiziell ihr wachsendes Interesse an den afrikanischen Angelegenheiten gezeigt. Die vor kurzem erfolgte Gründung eines "Afrika-Büros" im State Department und die Ernennung eines "stellvertretenden Ministers für afrikanische Angelegenheiten" bedeuten, dass die Länder Französisch-Afrikas durchaus nicht mehr vor dem Nichts stehen, wenn sie de Gaulles Verfassungsentwurf ablehnen. Das wissen die afrikanischen Politiker sehr genau und deshalb

haben sie wohl in den letzten Tagen eindrucksvoller als bisher ihre Meinung zur Geltung gebracht.

Schliesslich ist eine Art antikolonialer Besinnung im kapitalkräftigen Bürgertum Frankreichs festzustellen. Es begann mit einem aufsehenerregenden Artikel Raymond Cartiers in der bekannten, von Kapitalkreisen finanzierten illustrierten Wochenzeitung "Paris-Match", wo das ständige Defizit Frankreichs in den afrikanischen Kolonien eindeutig nachgewiesen wird. Hohe Beamte der Kolonialverwaltung, wie der frühere Finanzdirektor Französisch-Westafrikas, Jean Ehrhard, haben diese bisher unbekannt oder verschwiegenen Tatsachen mit Ziffern belegt. Das holländische Beispiel - keinerlei Beeinträchtigung der Prosperität des Landes seit dem Abfall Indonesiens - und das deutsche Beispiel - "Wirtschaftswunder" ohne Kolonien - geben den interessierten Kreisen Frankreichs gleichfalls zu denken.

Die französischen Absatzmöglichkeiten in den afrikanischen Kolonien erweisen sich als gering: die französische Automobilindustrie z.B. exportierte im Vorjahr 167 000 Wagen insgesamt, setzte aber nur 51 000 in der Frankozone ab. Ganz Französisch-Äquatorial-Afrika stellte in der französischen Gesamtausfuhr 1957 nur 0,6 %. Die Proteste gegen die Subvention "verlorener" Milliarden in den Kolonialgebieten, gegen den staatlichen Zwang, minderwertige oder ungeeignete Rohstoffe aus Afrika einführen zu müssen und auf Lieferungen aus anderen Weltteilen, vor allem aus Südamerika, verzichten zu müssen, werden immer lauter. Dieser Erkenntnis in Frankreich selbst und das wachsende amerikanische Interesse an Afrika sind natürlich eine Rückenstärkung für die afrikanischen Politiker.

Auf die Entwicklung der sogenannten Europapolitik auch unserer Bundesregierung angewandt, bedeutet dies alles, dass der "Gemeinsame europäische Markt" mit Einbeziehung der früheren französischen Besitzungen in Afrika noch lange keine politische Wirklichkeit ist. Der Emanzipationsdrang der afrikanischen Völker ist so stark, dass man sich in Europa darauf einstellen muss, nicht nur über Paris mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sondern unmittelbar und unter dem Vorzeichen der Unabhängigkeit.

+ + +

Wenn Moskau "Ja" sagt

sp - In Moskau wird damit gerechnet, dass die Regierung der Sowetunion den amerikanisch-britischen Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz über die Einstellung der Atomwaffenversuche annehmen wird. Gleichfalls wird vermutet, Moskau werde mit dem "Ja" bestimmte Bedingungen verknüpfen. Unter anderem die Bedingung, dass die Konferenz so bald wie möglich zusammentritt und den gemeinsamen Beschluss der Atomwissenschaftler aus Ost und West über Kontrollmassnahmen zur Grundlage der Verhandlungen macht.

Die Terminfrage scheint für Moskau deshalb wichtig zu sein, weil die französische Regierung ihren Atomwaffenversuch spätestens bis zum 31. Oktober durchgeführt haben will. Moskau hofft also offenbar, die Pläne Frankreichs durchkreuzen zu können, wenn der amerikanisch-britische Vorschlag schon vorher verwirklicht wird.

Im Hintergrund der zweiten Bedingung - die Anerkennung des Beschlusses der Atomwissenschaftler als Verhandlungsgrundlage - steht sicher die Absicht Moskaus, von den Vereinigten Staaten im Verlaufe der Konferenz die Heranziehung Chinas und damit dessen diplomatische Anerkennung zu erreichen. Nach allem, was bisher von den Empfehlungen der Atomwissenschaftler bekannt geworden ist, dürfte ein wirkungsvolles internationales Kontrollsystem kaum realisierbar sein, wenn nicht auch das riesige Gebiet Chinas für Kontrollstützpunkte freigegeben wird. Die Zustimmung zur "Öffnung" Chinas setzt aber das Ende der amerikanischen Ignorierung Pekings voraus.

Die Russen haben bereits vor fünf Monaten durch einen Beschluss des "Obersten Sowjet" der Welt die Einstellung ihrer eigenen Atom- und Wasserstoffbombenversuche verkündet. Es gibt keine ernstzunehmende Meldung, aus der hervorgeht, dass sich die Russen bis zum heutigen Tage nicht an diesen Beschluss gehalten hätten. Wenn sie jetzt im Prinzip "Ja" zu dem amerikanisch-britischen Vorschlag sagen, dann scheinen sie bereit zu sein, das sich schon seit langer Zeit anbahnende ganz grosse Spiel der Koexistenz USA-UdSSR einzuleiten. Das könnte dann auch das Präludium zur "Gipfelkonferenz" sein.

Flüchtende Akademiker

E.Z. Die seit Anfang 1958 ständig ansteigende Flucht der Wissenschaftler aus der Zone beweist die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Universitäten und SED-Staat so erklarat, daß auch die geschicktesten Erklärungen, die in den meisten Fällen erpreßt werden, nicht darüber hinwegtäuschen können. Insgesamt sind 1958 bisher 170 Dozenten, einschließlich Assistenten, von den Universitäten der Zone geflüchtet. Ende des ersten Halbjahres betrug die Zahl 124, unter denen sich 75 Professoren und andere Inhaber einer Dozentur befanden. Von den rund 2700 sowjetzonalen Dozenten sind damit allein in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 3 Prozent nach dem Westen gegangen. Bei der Fortsetzung dieses Flüchtlingsstroms in gleicher Stärke hätte Pankow damit im Zeitraum von 5 Jahren etwa 30 Prozent seiner akademischen Lehrkräfte verloren.

Zwei Fakten kennzeichnen in einzelnen die Situation an den Universitäten der Zone. Es sind vor allem die Wissenschaftsgebiete der Pädagogik, Naturwissenschaften, Landwirtschaft, Philosophie und der Veterinärmedizin, auf denen die SED mit ihren Plänen der "sozialistischen Umgestaltung" auf den stärksten Widerstand stößt. Der Anteil der geflüchteten Dozenten dieser Disziplinen liegt beträchtlich über dem Anteil, den die Studenten dieser Fachrichtungen an der Gesamtzahl der Studenten haben. Der Anteil der Wirtschaftswissenschaftler beträgt nur 1,6 Prozent, während 11,7 Prozent aller Studenten der Zone zur wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gehören.

Hier zeigt sich, daß die Reihen der wirtschaftswissenschaftlichen Dozenten durch Säuberungen schon weitgehend parteikonform geworden sind, was ohne weiteres daraus zu erklären ist, daß die Wirtschaftswissenschaft schon vor Jahren als erste als eine parteipolitische Wissenschaft deklariert worden ist.

Nicht weniger aufschlußreich für die Lage der Zonen-Universitäten, aber auch für den schwindenden Einfluß, den die SED gerade auch in den Kreise der von ihr geschaffenen sogenannten "neuen Wissenschaftskader" hat, ist die Tatsache, daß sich unter den nach dem Westen geflüchteten Dozenten und Assistenten immer mehr Wissenschaftler befinden, die ihre nach 1945 aufgenommene akademische Laufbahn nicht zuletzt der Unterstützung durch die SED verdanken. Während von den im zweiten Halbjahr 1957 nach dem Westen gegangenen 34 Dozenten etwa die Hälfte auf diese Gruppe der jungen Wissenschaftler entfiel, betrug im ersten Halbjahr 1958 ihr Anteil an den geflüchteten Hochschullehrern immerhin 60 Prozent.

Das zeigt, was von den Behauptungen der SED zu halten ist, es seien ausschließlich die "politisch reaktionären" Elemente in der Hochschul- lehrerschaft, die der "sozialistischen Umgestaltung" der Universitäten und Hochschulen Widerstand leisten und nach dem Westen gehen. Es wäre verständlicherweise von Pankow zu viel verlangt, das Eingeständnis zu machen, daß seine eigenen Zöglinge ihm den Rücken kehren. Eine Parallele zu dieser für die SED blamablen Entwicklung ist in dem großen Anteil der "Arbeiter- und Bauernstudenten" am Flüchtlingsstrom der Studenten zu erblicken.

+ + +

Fernsehen in der Tschechoslowakei politisch

Von unserem rh-Korrespondenten

Das Fernsehen wird in der heutigen Tschechoslowakei als eine so wichtige Angelegenheit angesehen, dass sich damit auch der letzte Prager Kongress der Kommunistischen Partei beschäftigte. Er stellte die Aufgabe, ein umfassendes Sendernetz in der Tschechoslowakei aufzustellen, ein zweites Programm möglich zu machen und die Erzeugung von Fernsehapparaten entsprechend zu steigern. Das Prager Regime ist sich in den letzten Jahren darüber klar geworden, dass es im Fernsehen ein politisches Mittel der Propaganda und der ständigen Beeinflussung der Bevölkerung besitzt, das einen nicht zu unterschätzenden Vorteil hat: die Fernsehsendungen können nicht vom Ausland aus gestört werden (wie das bei Rundfunksendungen möglich ist), und man kann auch keine Fernsehsendungen nach der Tschechoslowakei abstrahlen. Es werden zwar immer wieder Versuche gemacht, Fernsehprogramme auf weite Entfernungen zu empfangen, aber praktisch reicht die Empfangsmöglichkeit nur so weit, wie die verwendeten Ultrakurzwellen in gerader Linie reichen. Je höher der Sender, desto grösser der Sendebereich.

Sender höher als der Eiffelturm

Derzeit sind in der Tschechoslowakei drei Fernsehsender neben einigen von Amateuren aufgestellten Relaisendern in Tätigkeit. Die Sender stehen bei Prag, Ostrau und Pilsen und sind miteinander verbunden. Noch in diesem Jahr wird der bisher grösste und stärkste Sender "Morava" fertiggestellt, der sich im mährischen Bezirk Blansko nördlich von Brünn befindet. Er wird mit einer Höhe von 320 Metern den Pariser Eiffelturm noch um 20 Meter überragen. Bis Ende des nächsten Jahres werden Fernsehsender in Südböhmen (bei Budweis) und in Ostböhmen (bei Königgrätz) errichtet. Ein Jahr später werden die Sender in Pilsen (für Westböhmen) und Banská Bystrica (für die Mittelslowakei) in Betrieb genommen. Die Tschechoslowakei wird dann über acht Fernsehsender verfügen und 75 Prozent ihres Gebietes mit Fernsehsendungen erfassen. In den Jahren 1961 und 1962 werden noch Sender in Aussig und Kaschau (Ostslowakei) gebaut, so dass dann nur noch geringe Teile des Staatsgebietes keinen einwandfreien Empfang haben werden. Auch in Prag ist der Bau eines neuen, stärkeren Senders geplant.

Neue Studios

Um ein zweites Programm senden zu können, müssen erst noch die bisherigen Sendebedingungen verbessert werden. Die derzeitigen Studios reichen nicht aus und sind auch technisch nicht ganz auf der Höhe. So muss selbst in Prag ein neues grosses Studio gebaut werden, für das im Prager Bezirk Pankratz bereits neue Gebäude errichtet werden. Auch Pressburg besitzt noch kein eigenes Studio. In der Prager Zentrale hat man erst jetzt einen Pelerecording-Apparat aufgestellt, um Sendungen auf Band aufzunehmen und so jederzeit wiederholen zu können. Zur Programmgestaltung sollen jetzt Ostrau und Pressburg stärker herangezogen werden, auch von Brinn aus werden Programme gesendet werden. Es sind noch zu wenig Aufnahmewagen vorhanden, die Entwicklung geht schneller voran, als man beim Prager Rundfunk (dem das Fernsehen untersteht) angenommen hatte. Das Regime verlangt, nachdem es einmal die Bedeutung des Fernsehens erkannt hat, eine solche Steigerung des Tempos, dass ihm die Leitung des Fernsehens technisch nicht gewachsen ist, da die Ausbildung der Fachkräfte bisher vernachlässigt wurde.

300 000 Fernsehteilnehmer

Die Zahl der Fernsehteilnehmer hat sich dagegen rasch erhöht. Waren es Ende 1956 nur 75 934, so stieg ihre Zahl Ende des Vorjahres bereits auf 172 782 und wird spätestens in diesem September 300 000 überschreiten, in einem 13 Millionen-Staat eine beachtliche Zahl. Bis zum Jahre 1965 soll es insgesamt 1,4 Millionen Fernsehkonzessionen geben - so wurde es wenigstens beim letzten Parteitag in Prag beschlossen. Jeder dritte Haushalt in der Tschechoslowakei wird dann einen Fernsehapparat besitzen. Dieser Zielsetzung steht vorläufig die noch geringe Produktion von Fernsehapparaten im Wege, doch soll auch da Wandel geschaffen werden.

Wurden im Vorjahr 79 107 Fernsehapparate erzeugt (so dass der Bedarf nur durch Einführen aus der Sowjetunion gedeckt werden konnte), so soll die Produktion in diesem Jahre auf 120 000 ansteigen und sich in den nächsten Jahren auf eine Viertelmillion erhöhen. Aus der Sowjetunion wurden im vergangenen Jahr 76-720 Fernsehapparate eingeführt, im erster Vierteljahr dieses Jahres bereits 32 930. Jetzt hat man auch mit Budapest ein Abkommen wegen der Einfuhr ungarischer Fernsehapparate geschlossen; das ungarische Unternehmen Orion wird drei Typen von Fernsehapparaten liefern, von denen der Typ AT 301 mit einem Bildschirm von 43 cm besonders empfohlen wird.

Angst vor der Obrigkeit?

sp - Die meisten Städte in der Bundesrepublik stehen angesichts des ständig wachsenden Verkehrs vor einem schwierigen Problem; besonders die kleinen und mittleren Städte. Man experimentiert mit Einbahn- und Umgehungsstrassen, legt Umleitungen an und bemüht sich, auf diese Weise dem Verkehrschaos zu Leibe zu gehen.

Die Polizei in Paderborn hat vor einiger Zeit lobenswerterweise versucht, Anregungen für Verbesserungen im Strassenverkehr aus den Kreisen der Verkehrsteilnehmer, besonders der Autofahrer, zu erhalten. Zu diesem Zweck legte sie an mehreren grossen Tankstellen der Stadt sogenannte "Weckerbücher" aus und forderte die Kraftfahrer auf, einmal ihre Meinung zu äussern. Die Paderborner Polizei versprach sich davon sehr viel, denn sie glaubte wohl nicht zu Unrecht, dass Kraftfahrer in Verkehrsfragen gute Beobachter sind und demzufolge gute Anregungen für die Verbesserung des Verkehrs geben können.

Nun hat man dieser Tage die "Weckerbücher" gesichtet. Zu ihrer grossen Enttäuschung mussten die Paderborner Polizisten feststellen, dass nur sehr wenige Kraftfahrer von der Möglichkeit, auch einmal selbst ihre Meinung zur Verbesserung des Strassenverkehrs zu sagen, Gebrauch gemacht hatten. Der Prozentsatz der Eintragungen im Verhältnis zur Anzahl der Kraftfahrer ist so gering, dass man kaum wagt, ihn zu veröffentlichen.

Das ist aber noch nicht alles. Die wenigsten Eintragungen mit Anregungen für die Verbesserung des Strassenverkehrs haben eine Unterschrift. Die Vorschläge sind meist anonym, und da sie sich häufig auch widersprechen, sieht sich die Paderborner Polizei ausserstande, die Verfasser der meist gutgemeinten Ratschläge zu einer Diskussion einzuladen.

Die Polizei hat es wirklich nicht leicht. Jetzt wollte sie wieder einmal "Dein Freund und Helfer" sein und wird ausgerechnet von denen im Stich gelassen, denen sie helfen will. Die Angst vor der Obrigkeit scheint vieler unserer Mitbürger so tief im Blut zu sitzen, dass sie sich sogar dort von ihr fernhalten, wo besagte Obrigkeit wirklich nur das Beste will.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel